

4/06 Herrschaft.Macht.Geschichte

In dieser Ausgabe:

- Kommentar und Editorial
- Herrschaft.Macht.Geschichte
- Interview mit Robert Knight
- Widerstand in Europa
- Portrait von Edeltrud Posiles
- Gedenkdienst am Ukrainischen Zentrum für Holocaust Studien
- Interview mit Anatoly Podolsky

„Wer diese Sanktionen nicht verurteilt und nicht zurückweist, ist kein Patriot.“

Strategien zur Etablierung der blau-schwarzen Regierung 2000 und die Folgen

Österreich neu regieren: Vom „Opfermythos“ zum „Schulterschluss“

Das gesellschaftliche Klima des Jahres 2000 wurde maßgeblich von der Diskussion über die „bilateralen Maßnahmen“ der „EU-14“ geprägt, die nach Bildung der blau-schwarzen Koalitionsregierung im Februar beschlossen wurden. In 25.355 im Jahr 2000 veröffentlichten Artikeln taucht das Wort „Sanktion“ auf. Kein Wunder also, dass es Journalistinnen zum Wort des Jahres kürten. Das zeigt aber auch, wie es den blauen/schwarzen Parteistrategen gelang, die öffentliche Diskussion inhaltlich zu bestimmen. Letztendlich stabilisierte die Regierung nicht nur die eigene Koalition mit Hilfe des „Außenfeinds“ EU, sondern sie neutralisierte auch die Opposition im Inland, indem sie diese als „Vaterlandsverräter“ stigmatisierte.

Jörg Haider's Eskalationsstrategie

Noch vor Bildung der Regierung Schüssel I, als bereits klar wurde, dass die EU die Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ nicht tatenlos hinnehmen würde, verfolgte Jörg Haider eine Eskalationsstrategie mit verbalen Ausfällen gegen die FPÖ-kritischen Regierungen Belgiens und Frankreichs.¹ Haider's Attacken haben, folgt man der Darstellung des damaligen Bundespräsidenten Klestil, den Wortlaut der Erklärung der EU-14 maßgeblich verschärft. Als Norbert Schausberger, ÖVP-Landeshauptmann von Salzburg, Haider für die „Sanktionen“ persönlich verantwortlich machte, erklärte dieser in einem „News“-Interview am 13. April 2000: „Das ist die alte linke Theorie aus Opfern Täter zu machen.“

Das Spiel mit der Stilisierung Haider's als „neuem Hitler“ in der europäischen Medienlandschaft, führte dazu, dass tatsächlich die Reaktionen in den Ländern der EU-14 weit über die geplanten diplomatischen Maßnahmen hinausgingen und auch ganz „normale“ Österreicherinnen „sanktioniert“ wurden. Diese durch Haider provozierten und vermutlich beabsichtigten Reaktionen waren Voraussetzung dafür, dass die von der Regierung verfolgte „Schulterschlussstrategie“ mit der Bevölkerung bzw. mit der Opposition greifen konnte.

Wolfgang Schussels „Sanktionen“-Strategie

Besonders erfolgreich war die Regierung darin, ihre Diktion der Öffentlichkeit aufzudrängen. Obwohl die EU-14 in Aussendungen immer nur von „gemeinsamen Reaktionen“ sprachen, setzte sich in Österreich der Begriff „Sanktionen“ durch. Nicht nur die Regierungsparteien und die Medien des Landes, selbst die Oppositionsparteien SPÖ und Grüne verwendeten in ihren Presseaussendungen fast durchgehend den Terminus „Sanktion“.²

Damit war aber auch folgender Argumentation Wolfgang Schussels der Boden bereitet: „Diese Maßnahmen oder Sanktionen - ich nenne sie Sanktionen, weil ich die Dinge nicht verharmlosen will - der EU-14 sind unerhört. (...) Ich sage das hier in aller Schärfe, denn diese Sanktionen treffen uns alle. Sie treffen uns als Minister, sie treffen aber auch die Bürger, und sie treffen damit das ganze Land. Man kann nicht zwischen einer letztendlich über eine demokratische Wahl zustande gekommenen Regierung und einem Volk, das Parteien gewählt hat, unterscheiden. Das geht in der Demokratie nicht.“³

Untermauert wurde Schussels Argumentation durch die mediale Aufbereitung von Opfergeschichten.⁴ Eine wurde als Aufhänger des „Österreich-Gesprächs“ im ORF am 15. März 2000 präsentiert. Über 1,4 Millionen Zuseherinnen erfuhren am Beginn der Sendung über die negativen Erlebnisse von Schülerinnen des Wiener Theresianums bei einer Veranstaltung im Europaparlament in Straßburg: So wurden sie am Bahnhof als Nazis beschimpft und von Schulklassen aus der EU ausgebuht. Die Erlebnisse der Schülerinnen überschatteten die Sendung und wurden von fast allen Rednerinnen kommentiert und hierauf in den großen österreichischen Printmedien rezipiert.⁵

Die „Kleine Zeitung“ informierte einige Tage später, dass die ebenfalls anwesenden Schülerinnen der Waldorf-Schule Klagenfurt, die sehr positive Erfahrungen in Straßburg gemacht hatten, nicht hatten sprechen dürfen: „Drei Stunden zeigten sie auf, vergebens. Gisela Hopfmüller entschuldigte sich nach der Sendung bei den Ausgeblendeten: Die Wiener Schüler seien halt medienwirksamer gewesen, eingeplant, um die Diskussion anzuhetzen.“⁶

Die Betonung der Opfergeschichten durch Politik und Medien schuf ein Bedrohungsszenario, das Ängste hervorrief überhaupt noch ins Ausland zu fahren, wie ein Leserbriefschreiber in der „Kleinen Zeitung“ zugab: „Mit sehr gemischten Gefühlen fuhren wir per Wohnmobil auf eine sechswöchige Ferienreise nach Frankreich. (...) Von irgendwelchen Ablehnungsverhalten, auch unterschwellig, war absolut nichts zu spüren. (...) Spielt sich das ganze ‚Diskriminierungstheater‘ nur auf den Ebenen der Politiker und Medien ab?“⁷

Nachdem in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden war, dass sich die „EU-Sanktionen“ gegen alle richteten, versuchte die Regierung die Opposition zu einem „nationalen Schulterschluss“ zu zwingen. Das Scheitern der Versuche gab Anlass zu heftigen Attacken. Der ÖVP-Abgeordnete Günther Puttinger erklärte in einer Nationalratssitzung: „Jeder Österreicher, jeder demokratische Österreicher wird diese Sanktionen verurteilen. Und wer diese Sanktionen nicht verurteilt und nicht zurückweist, ist kein Patriot! Das sage ich jetzt ganz bewusst.“⁸

Rot-weiß-rote Patrioten -rote Vaterlandsverräter

Es stand für ÖVP und FPÖ auch fest, dass die Sozialisten die EU-Sanktionen, so wie die Waldheimaffäre 1986, im Ausland bestellt hätten und es sich somit um eine Verschwörung der Sozialistischen Internationale gegen Österreich handle. Im Zentrum der Verdächtigungen stand das Verhalten des scheidenden Bundeskanzlers Viktor Klima bei der internationalen Holocaust-Konferenz in Stockholm am 26. Jänner 2000.⁹ Der Topos von den Sozialisten als Vaterlandsverrättern erlebte ein Revival. ÖVP-Insider Ernst Hofbauer führte dazu aus: „Auch in Europa bleiben Franzosen Franzosen, Holländer Holländer (...) Nur Viktor Klima scherte aus dieser patriotischen Front aus und wollte beweisen, dass ein österreichischer Sozialdemokrat kein Vaterland kenne, wenn ein Machtverlust droht.“¹⁰ Verrat witterte die Regierung immer, wenn Oppositionspolitikerinnen im Frühjahr 2000 ins Ausland führen. Beim Besuch des SPÖ-Parteivorsitzenden Alfred Gusenbauer in Paris sprach der damalige FPÖ-Generalsekretär Peter Westenthaler gar vom „Champagnisieren mit dem Feind“; eine Wortkreation aus „Champagner“ und „Kampagne“. In Anspielung auf ein Foto, das Gusenbauer mit dem französischen Europaminister Pierre Moscovici zeigte, regte Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider an, Abgeordnete, die im Ausland „nicht Manns genug sind, Österreich zu verteidigen“, mit strafrechtlichen Konsequenzen zu bedrohen. Der damalige Justizminister Böhmendorfer fand diese Idee gar „verfol-genswert“.¹¹

Die Blau/Schwarze Angst vor der „Ostküste“

So sehr insbesondere die FPÖ auf Eskalation mit der EU setzte, so sehr war man bemüht, die Beziehungen mit jüdischen Organisationen, mit Israel und den USA nicht weiter zu belasten. Während Israel die „Maßnahmen der EU-14“ vollinhaltlich mitrug und sogar den Botschafter aus Wien abberief, nahmen die USA eine abwartende Haltung ein. Gelegenheiten hätten sich genug geboten auch die „Sanktionen“ des Jahres 2000 als Kampagne der „jüdischen Ostküste“ darzustellen: So drohte Elan Steinberg vom jüdischen Weltkongress „dass Österreich bei einer Regierungsbeteiligung der FPÖ in eine größere Isolation als zu Zeit der Waldheim-Affäre geraten würde“. Am 8. Februar 2000 forderte der Europäische Jüdische Kongress die in Wien ansässigen internationalen Organisationen auf, ihre Büros aus Wien abzuziehen. Jörg Haider versuchte stattdessen mit Hilfe seines Generalsekretärs Peter Sichrovsky zu „deeskalieren“ und Kontakte mit jüdischen Vertretern in Kanada und den USA aufzubauen. Offenbar fürchtete die FPÖ/ÖVP-Regierung eine vollkommene internationale Isolation. Einen Einblick in die innere Befindlichkeit der Koalition hinsichtlich des damals diskutierten Restitutionsübereinkommens und der Beziehung zu jüdischen Organisationen gab kürzlich Staatssekretär Eduard Mainoni in einem Interview: „Da haben wir uns eingekauft. (...). Damit haben wir im Prinzip auch den Rücken frei gehabt gegenüber den jüdischen Organisationen.“¹²

FPÖ-Tabubrüche: Mit Rassismus und Antisemitismus auf Stimmenfang

Im September 2000 kamen in Folge des Berichts der drei EU-Waisens die Sanktionen offiziell zu einem Ende. Im Jänner 2001 wurde in Washington das Restitutionsabkommen mit den jüdischen Organisationen unterzeichnet. Nun gab die FPÖ jegliche Zurückhaltung auf. Im Februar 2001 attackierte Haider den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Ariel Muzikant mit antisemitischen Untergriffen. Nach dem rassistischen Nationalratswahlkampf 1999 setzte die FPÖ nun vor den Wiener Gemeinderatswahlen ein weiteres Mal auf einen Tabubruch in der politischen Landschaft. Der Politikwissenschaftler Anton Pelinka stellte damals fest: „Diese Eskalation zeigt, dass hier ganz bewusst Antisemitismus als Instrument der Ausgrenzung eingesetzt wurde.“¹³

Das „Sanktionenjahr“ 2000 reaktivierte den seit Jahrzehnten eingeübten Mythos von Österreich als Opfernation. Den Kommunikationsstrategen der blauschwarzen Regierung gelang es, alle „Österreicherinnen“ als potentielle Opfer der „EU-Sanktionen“ darzustellen. Damit verhinderten sie die notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung über die „Natur“ der FPÖ als rechtspopulistische Partei sowie über ihre historische und personelle „Kontinuität zur NSDAP“, die sie „zur europäischen Besonderheit“¹⁴ machte.

Die EU-14 hatten mit der Initiative gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ genau darüber eine Diskussion anregen wollen. So erklärte der belgische Außenminister Louis Michel im „Profil“ am 13. März 2000: „Denn Demokratie heißt ja nicht nur Wahlen. Es gibt auch einen Kodex für gutes Benehmen. Eine stillschweigende Übereinkunft, was Parteien in einer Demokratie tun dürfen und was nicht. Man darf in der Auseinandersetzung nicht jedes Argument verwenden, etwa dumme Stereotype wie ‚Die Polen stehlen‘ oder die ‚Zigeuner handeln mit Drogen‘. Solche Vorurteile sprechen die schlechtesten Seiten der menschlichen Seele an (...) Mann spricht solche Affekte aber einfach nicht an, das ist ein ungeschriebenes demokratisches Gesetz. Gerade in dieser stillschweigenden Übereinkunft besteht die Größe unserer Kultur.“

Die Auseinandersetzung mit Waldheims Wehrmachtsvergangenheit führte in den 1980er Jahren dazu, das Selbstverständnis Österreichs als Opfernation zu hinterfragen. Weder die „Maßnahmen der EU-14“ noch taktische Schachzüge der ÖVP unter Wolfgang Schüssel haben jedoch - wie die letzten Wahlergebnisse zeigen - zu einer wirksamen Eindämmung des rechtspopulistischen Lagers in Österreich geführt. Vielleicht sollte endlich in Angriff genommen werden, was die „Sanktionen-Hysterie“ im Österreich des Jahres 2000 hintertrieb: eine tiefgehende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem (Wieder-)Aufstieg des Rechtspopulismus in Österreich seit 1986 sowie der hemmungslosen Instrumentalisierung von Vorurteilen und Ressentiments zur Erlangung politischer Macht und die Dekonstruktion des tief verinnerlichten Mythos der Opfernation Österreich.

Christian Klösch,

Historiker

Anmerkungen

- 1 Haider äußerte sich über Belgien (29.1.2000): „Wir verlangen ja auch nicht die Ablösung einer korrupten belgischen Regierung, die Kinderschänder pardoniert und gegen die Eltern auf die Straße gehen, weil sie Angst haben müssen, dass die Regierung mit Verbrechern konspiriert.“ Über Chirac (8.3.2000): „Dieses Österreich braucht keinen Westentaschen-Napoleon des 21. Jahrhunderts. Chiracs ausgestreckter Zeigefinger ist von der moralischen Qualität Pinoccios“, Vgl.: Der Westentaschen-Haider, ed. Czernin, Huber-tus, Wien 2000.
- 2 Vgl. Dazu Schröder, Petra, „Die überraschend verhängten Sanktionen der EU 14 gegen Österreich“, Dipl. Salzburg, 2001.
- 3 Parlamentsrede, 26.4.2000.
- 4 Vgl. dazu: Hofbauer, Ernst, Der Verrat, Wien 2000 und Feldner, Josef, Freispruch für Österreich. Die Chronologie einer kalten Demonstration von Macht, Graz 2000.
- 5 Vgl. dazu die Analysen von: De Cilla, Rudolf; Gruber, Helmut, „Die Emotionen herunterholen“ - Anspruch und Wirklichkeit im „Österreichgespräch“ des ORF vom 15.3.2000. In: Betten, Anne; Schröd, Richard; Weiss, Andreas (Hrsg.), Neue Sprachmoral? Medien - Politik - Schule, Wien 2003, S. 129-143.
- 6 Kleine Zeitung, 17.3.2000. 7
- 8 Rede im Nationalrat, 22.3.2000.
- 9 Die Verdächtigungen stützten sich auf Medienberichte dänischer und finnischer Zeitungen, wonach die scheidende Regierung in Wien bei den europäischen Partnern um Hilfe gebeten hätte. Vgl.: Hofbauer, Der Verrat, S. 64f.
- 10 Hofbauer, Ernst, Der Verrat, S. 65.
- 11 Kleine Zeitung, 18.5.2000.
- 12 Die Zeit, 21.9.2006.
- 13 Pelinka, Anton, Struktur und Funktion der Aschermittwochrede Jörg Haiders“, In: „Dreck am Stecken“ - Politik der Ausgrenzung, Pelinka, Anton; Wodak, Ruth (Hg.), Wien 2002, S.61-75, S. 69.
- 14 Pelinka, Anton, Die „EU-Sanktionen“ aus politikwissenschaftlicher Sicht, In: Pelinka, Anton; Hummer, Waldemar, Österreich unter EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht, Wien 2003, S. 34.

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Im Frühjahr 2000 konnte man hierzulande erleben, wie es geht, im Namen der Nation den politischen Gegner an die Wand zu drücken. Die Nation mag eine bloß imaginäre Gemeinschaft sein, doch das Verdikt der Gemeinschaftsunwilligkeit besitzt eine sehr reale Kraft im politischen Diskurs. Die nationalstaatliche Verfasstheit moderner Gesellschaften und ihrer Institutionen sorgt dafür, dass, einmal in Gang gesetzt, die Vorstellung von der Notwendigkeit, die Nation gegen äußere Feinde und Verräter im Inneren zu beschützen, rasch zum Selbstläufer wird. Als der ORF im März 2000 mit seinem „Österreich-Gespräch“ gerade nicht auf eine von Argumenten getragene Diskussion abzielte, war diese journalistische Selbstaufgabe vermutlich nicht bloß ein Akt der Unterwerfung unter die neuen Herren, sondern entsprang auch dem Selbstverständnis des ORF als wichtigster medialer Agentur der Nationalisierung.

Christian Klösch geht der von der blau-schwarzen Regierung so erfolgreich angewandten Strategie des Schulterschlusses nach. Sein Beitrag, ein Interview mit dem britischen Historiker Robert Knight und ein Tagungsbericht von Florian Wenninger entstammen dem Kontext der letzten Gedenkdienst-Ta-gung unter dem Titel „Herrschaft.Macht. Geschichte“. Sie beschäftigte sich damit, wie gesellschaftliche Kräfte ihre Deutungen von Geschichte durchzusetzen versuchen.

Geschichtspolitik ist auch das Thema des Interviews, das Wolfgang Wurth, GDler in Kiew, mit dem Historiker Anato-ly Podolsky geführt hat. Begleitet wird es von einer Präsentation der neu eingerichteten Gedenkdienststelle am Ukrainischen Zentrum für Holocaust Studien.

Die Erinnerung an Widerstand gegen diktatorische Regime steht im Mittelpunkt eines Projekts, das János Böszörményi gemeinsam mit einigen anderen jungen Europäern vorantreibt. Ein Ergebnis seiner Recherchen ist der Artikel über Edlthrud Posiles, die ihrem zukünftigen Mann und dessen beiden Brüdern half, als U-Boote die NS-Herrschaft zu überleben.

Oliver Kühnschelm

Chefredakteur GEDENKDIENTST

Herrschaft.Macht.Geschichte

Die Gedenkdienst-Tagung 2006 zur Bedeutung historischer Deutungshoheit in der politischen Arena

Schon seit längerem schwelte die Idee eines österreichischen Nationalmuseums, als im März 2006 die ÖVP überraschend Anstalten machte, das Vorhaben vor den anstehenden Nationalratswahlen auf Schiene zu bringen. Auffällig war neben der plötzlichen Eile und dem wütenden Protest, den das Vorgehen in der historischen Zunft erntete, vor allem eines: das Desinteresse sowohl in den Reihen der Opposition als auch in jenen des Koalitionspartners BZÖ. Warum aber scheut ein Teil der politischen Akteure die Mühe, Einfluss auf die Interpretation zentraler zeitgeschichtlicher Ereignisse zu nehmen? Oder hat sich bloß die Form der Einflussnahme geändert? Ist am Ende - anders als HegemonialtheoretikerInnen annehmen - die historische Deutungshoheit im gesellschaftlichen Aushandlungsprozess der Informationsgesellschaft nicht mehr von Belang? Wenn dem aber nicht so ist - wie wurden und werden Deutungshoheiten errungen? Wie werden sie zweckgerichtet eingesetzt, verteidigt, modifiziert oder überwunden?

Diesen Fragen ging von 7. bis 9. November eine Tagung an der Universität Wien nach, die Gedenkdienst gemeinsam mit der Österreichischen HochschülerInnenschaft, den Instituten für Staatswissenschaft und Zeitgeschichte sowie der Stadtzeitung „Falter“ veranstaltete.

Die Schriftstellerin Marlene Streeruwitz widmete sich im Eröffnungsvortrag den patriarchalen Unterdrückungsmechanismen in der Sozialisation von Mädchen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft („Die Sehnsucht nach dem hohen Ton“). Das nachfolgende Programm gliederte sich über drei Tage verteilt in sieben Panels, zwei Key Lectures und zwei Abenddiskussionen.

In der ersten Key Lecture zeichnete der Historiker Wolfgang Wippermann (Berlin) die Geschichte der Totalitarismuskonzeption in Deutschland nach. Wippermann argumentierte, die Totalitarismusthese, u. a. vertreten von Carl Friedrich oder Hannah Arendt, habe sich nicht zufällig nach dem Zweiten Weltkrieg als westdeutsche „Staatsideologie“ etabliert. Sie leistete dem deutschen Bürgertum als Abgrenzungsstrategie zur nationalsozialistischen Vergangenheit ebenso gute Dienste wie sie der BRD insgesamt eine negative Legitimation gegenüber der realsozialistischen (und in dieser Lesart totalitären) DDR verschaffte. Daneben fungierte sie als ideologischer Knüppel im Sack, wenn es um den Rückbau von Bürgerrechten und die Disziplinierung von Oppositionsgruppen im Inneren zu tun war. Wippermanns Resümee: Da die Totalitarismusthese die Unterschiede zwischen (dem Anspruch nach) linken und faschistischen Diktaturen systematisch zudeckte, erschwerte sie die Bekämpfung von grassierendem Rassismus und Antisemitismus.

Der in Tel Aviv und Luzern lehrende Soziologe Moshe Zuckermann setzte sich in der zweiten Key Lecture mit der „Anatomie kollektiver Erinnerung“ anhand der Haltung der israelischen Gesellschaft zum Holocaust, der. In den ersten Jahren der Staatsgründung wurde über das Thema geschwiegen. Der Massenmord wurde meist nur als Negativexempel des Judentums in der Diaspora. Das änderte sich in den 1960er Jahren mit dem Eichmannprozess und dem Sechstagekrieg. Von nun an wurde der Holocaust zu einem integralen Bestandteil des israelischen Selbstverständnisses. In der nationalen Holocaustgedenkstätte Yad Vashem materialisierte sich die Deutung der zionistischen Historiografie. Sie sah den Holocaust als beinahe logischen Schlusspunkt der Diaspora als zentrales Ereignis in der Staatswerdung Israels und als historischen Beweis für die Notwendigkeit eines jüdischen Staats. Seit den späten 1980ern wird diese Sicht der Dinge kontroversiell diskutiert. Als Beispiel nannte Zuckermann einen Disput zwischen dem Direktor von Yad Vashem, Avner Shalev, und der israelischen Unterrichtsministerin Limor Livnat, nachdem ersterer gemeint hatte, er sehe im Zionismus nicht die einzige legitime Konsequenz des Holocausts.

Das erste Panel fragte, wie die Zweite Republik mit dem Austrofaschismus umging. Während sich Emmerich Tálos mit dem Ständestaat-Paradigma auseinandersetzte, bezog sich Siegfried Mattl auf die Rolle der Erinnerung an Engelbert Dollfuß. Das zweite Panel thematisierte europäische Identitätskonstruktionen: Marcel Fink unterzog das Europäische Sozialmodell einer kritischen Revision - und kam zu dem Schluss, ein solches existiere nicht. Oliver Rathkolb spürte dem „erodierenden Erinnerungsort „Friedensprojekt Europa““ nach. Diese Meistererzählung verliere zunehmend an Bedeutung, so sein Resümee.

Brigitte Entner und Mirko Messner erörterten dem (überwiegend Wiener) Publikum das „Paralleluniversum Kärnten“. Entner dekonstruierte die deutsch-kärntnerische, Messner die slowenisch-kärntnerische Rezeption des Kärntner Partisanenkampfes. Dieser musste zwar zur Legitimation der österreichischen Ansprüche nach der Moskauer Deklaration herhalten, war und ist aber einer ständigen Diskreditierungskampagne seitens der „Heimat“-Verbände ausgesetzt.

Den historiographischen Hegemonialstrategien im zerfallenden Jugoslawien, insbesondere der Legitimierung der sich neu formierenden Nationalstaaten, galt das Interesse der Balkan-Expertin Sabine Riedel (Berlin). Sie bestritt mit Walter Manoschek den Panel „Kriegsgeschichte(n). Die Gedächtnisse des Jugoslawienkrieges“. Manoschek seinerseits wandte sich der manipulativen Verwendung von Filmdokumenten im Zusammenhang mit dem Prozess gegen den ehemaligen jugoslawischen Staatschef Slobodan Milosevic zu und illustrierte seine Kritik mit dem Video einer Hinrichtung, das im Milosevic-Prozess als Szene des Massakers von Srebrenica eingeführt wurde, obwohl es dafür keine konkreten Anhaltspunkte gegeben habe.

Einem weiteren Panel ging es um die "Erfindung der Familie". Reinhard Sieder beleuchtete, wie in der Neuzeit die Kernfamilie als bürgerliches Ideal konstruiert und schließlich naturalisiert wurde. Ilse Reiter-Zatloukal illustrierte diese Entwicklung anhand von Beispielen aus der Geschichte des Familienrechts.

Der sechste Panel untersuchte die Mechanismen des nationalen Schulterenschlusses in Österreich: Robert Knight befasste sich mit Initiativen des damaligen Außenministers Peter Jankowitsch (SPO), während der Waldheim-Debatte österreichische HistorikerInnen im nationalen Interesse zu mobilisieren, um den „ausländischen Verleumdungen“ Paroli bieten zu können. Christian Klösch führte aus, wie es der Regierung angesichts der Maßnahmen der EU 14 gegen das blauschwarze Österreich gelang KritikerInnen als Landesverräter zu stigmatisieren.

Das letzte Panel nahm neoliberale Narrative im Hinblick auf die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre in den Blick. Herbert Schui, ehemals in Hamburg lehrender Volkswirtschaftler und mittlerweile Bundestagsabgeordneter der WASG, befasste sich mit dem Versuch, die Wirtschaftsflaute als Versagen des keynesianischen Modells zu erklären. Der Berliner Sozialwissenschaftler Dieter Plehwe erläuterte die institutionellen Hintergründe der neoliberalen Diskurshegemonie anhand der Mont-Pelerin-Society, die als Dachverband unzähliger neoliberaler Thinktanks fungiert.

Während die Panels und Key-Lectures zum Teil kontroversiell verliefen, konnte man selbiges ausgerechnet von den abendlichen Podiumsdiskussionen weniger behaupten. Die HistorikerInnen Doron Rabinovici, Eva Blimlinger, Heidemarie Uhl, Dieter Binder und Günther Burkert-Dottolo widmeten sich dem angelegten „Haus der Geschichte“. Blimlinger mühte sich redlich, durch Kritik am Projekt eine Diskussion in Gang zu bringen, zur allgemeinen Verblüffung erntete sie damit am Podium jedoch nur freundliche Zustimmung.

Als am nächsten Tag Eva Sburny (Grüne), Caspar Einem (SPO), Walter Tancsits (ÖVP), der katholische Publizist Hubert Feichtlbauer und die Philosophin Isolde Charim den Versuchen politischer Parteien nachgingen, mit Geschichte Politik zu machen, war es vor allem Tancsits und Charim zu danken, dass Widersprüche thematisiert wurden. Besonders Tancsits vertrat ein prononciert konservatives Geschichtsbild (inklusive dem „Nationalsozialismus als linker Bewegung“) und erntete damit harsche Kritik aus dem Publikum. Fast schon merkwürdig zurückhaltend verhielten sich demgegenüber Caspar Einem und Michaela Sburny - und bestätigten den Eindruck, die Opposition habe wichtigeres zu tun, als sich um solch akademische Themen wie geschichtliche Deutungshoheiten zu kümmern. Man darf gespannt sein, was das für die Zukunft des Hauses der Geschichte bedeutet.

Als stolzes Resümee der Tagung darf auch der Hinweis auf den Publikumsandrang nicht fehlen: Insgesamt knapp 1.200 Menschen nahmen einen oder mehrere Programmpunkte zum Anlass, die Veranstaltung zu besuchen, für Gedenkdienst ein Rekord und eine Bestätigung, auch in Zukunft bei Veranstaltungen Kooperationen zu suchen.

Florian Wenninger

Mitorganisator der Tagung, Student der Politikwissenschaft und Geschichte

Buchtip!

Im Frühjahr 2007 wird im Verlag Braumüller ein Tagungsband erscheinen. Vormerkungen sind bereits jetzt unter der e-mail-adresse office@braumueller.at möglich.

„Man ist taktisch viel klüger geworden, beherrscht die Sprachregelungen besser.“

Interview mit Robert Knight über Waldheim und die Folgen

Robert Knight wurde 1952 in Stoke-on-Trent, Großbritannien geboren. Er studierte Geschichte, machte den BA in Cambridge und das PhD an der London School of Economics. Seit 1989 unterrichtet er European Studies an der Uni-versity of Loughborough, zuvor lehrte er 1987-89 auch in Wien. Zu seinen Publikationen gehört u. a.: „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen.“ Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden (1988). Robert Knight war Mitglied der österreichischen Historikerkommission. Das Interview wurde im Zug der Tagung „Herrschaft.Macht.Geschichte“ geführt, bei der Knight einen Vortrag zum Thema „Waldheim revisited - histori-cation, hysteria or what?“ hielt.

Gibt es für Sie einen persönlichen Bezug zu Österreich?

Meine Mutter ist nach dem „Anschluss“ aus Österreich nach England geflohen. Aber das ist nur ein Teil meiner Situation. Es ist natürlich ein Bezug zu der ganzen Problematik, obwohl diese Geschichte für mich als Kind oder Jugendlicher keine Rolle gespielt hat.

Die Affäre Waldheim wird in Österreich heute als entscheidender Umbruch in der Gedenkkultur und Geschichtswahrnehmung betrachtet. Hat Waldheim als Bundespräsident eines demokratischen Lands mit seinen Worten über Pflichterfüllung den Krieg des NS-Regimes nicht erst legitimiert und die Opfertheorie in weiten Kreisen der Bevölkerung noch bestärkt?

Die Waldheimaffäre hat vor allem polarisiert. Sie hat die Gegner und Kritiker Waldheims mobilisiert, wenn auch ebenso seine Unterstützer. Meiner Meinung nach kann man die Tragweite des Bruchs übertreiben. Es war nicht so, dass niemand vor Waldheim Kritik an der österreichischen Verstrickung in den Nationalsozialismus geübt hätte. Aber Waldheim hat durch seine Aussage das kritische Publikum in zuvor ungekanntem Ausmaß entsetzt und gleichzeitig mobilisiert.

Es gab auch die Mobilisierung für ihn, diese Trotzhaltung gemischt mit Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Wenn man aber sagt, Waldheim beziehungsweise die Waldheimaffäre hätte die Opfertheorie gestärkt, so glaube ich das nicht. Denn in den letzten zehn, zwanzig Jahren ist die Darstellung von Österreich als Opfer des NS-Regimes demoliert worden. Natürlich weiß man, dass es österreichische Opfer gegeben hat, als Individuen, aber die Behauptung einer kollektiven Unschuld wird kaum aufrechterhalten, zumindest nicht vom Mainstream.

Welche vorausgehenden sozialen und kulturpolitischen Entwicklungen trugen dazu bei, dass die Affäre 1986 überhaupt öffentlichen Anstoß erregte - trotz des breiten Konsenses über Pflichterfüllung in der Wehrmacht beispielsweise?

Das gebildete Publikum war auch zuvor in den Medien vertreten durch Zeitschriften wie „Profil“. Es gab ein Gesellschaftssegment, das sensibilisiert war und deshalb auch rasch reagiert hat. Andernfalls hätte es gar keine Waldheimaffäre gegeben. Ich glaube, der Fehler der sozialdemokratischen Führung lag darin, dass sie die Affäre ausnutzen wollte. Aber sie geriet außer Kontrolle eben wegen dieses sensibilisierten Segments der Gesellschaft.

Warum wurde dieser kritischen Haltung zuvor kein Forum geboten?

Ich denke, das hängt damit zusammen, dass es in jedem Lager, bei den Schwarzen und bei den Roten, eine Art antinazistischen Flügel gab, der gelegentlich als Repräsentant des antifaschistischen Geists auftreten durfte und von der Führung als praktischer Handlanger der Politik betrachtet wurde. Mit Waldheim geriet das außer Kontrolle. Plötzlich war die historische Forschung nicht mehr von den Politikern zu steuern.

In Ihrem Vortragstitel haben Sie das Spannungsfeld der Waldheimdebatte mit Worten wie Hysterie und Erinnerungspolitik beschrieben. Wie weit lagen nach 1986 der Anspruch des Umdenkens und die Wirklichkeit auseinander?

Das ist schwer zu beurteilen. Aus meiner Sicht gab es keine große Aufklärung sagen wir, einen Moment der Entlarvung oder der Wahrnehmung. Es gab riesige Kontroversen - ein Fortschritt. 1988, zum fünfzigsten Jahrestag des „Anschlusses“, als Waldheim noch im Amt war, fanden heftige Diskussionen statt, und dann hat Vranitzky sich in Richtung moralische Mitverantwortung geäußert. Im Prinzip hat man erkannt, dass die Konstruktion „Österreich als überfallenes Land“ vielleicht juristisch stichhaltig ist, aber dass man einfach zuviel Politik auf dieses rein juristische Argument aufgebaut hat. Von der Okkupationsthese hat man mehr oder weniger eine allgemeine kollektive Unschuld konstruiert und versucht

das auf Restitutions- und Entschädigungspolitik anzuwenden. Ich glaube, seit etwa zehn Jahren hat man eingesehen, dass das nicht funktioniert. Die Eliten auf beiden Seiten haben, was auch reiner Pragmatismus ist, ihre Position ein bisschen verändert.

Sehen Sie konkrete erinnerungskulturelle bzw. gesellschaftliche Konsequenzen der Waldheimdebatte?

Es wurde wohl einigen klar, dass Österreich international bei den politischen Eliten isoliert war. Es wurde teilweise zum Paria gestempelt und als rückständig oder zumindest anders als die restliche Welt wahrgenommen. Das versucht man heute auf alle Fälle zu vermeiden. Man ist taktisch viel klüger geworden, beherrscht die Sprachregelungen besser. Heute würde ein Waldheim wahrscheinlich nicht mehr über seine Pflichterfüllung reden. Es ist aber keine Änderung der Kultur.

Was die Geschichtskultur betrifft, entbrannt natürlich die Debatten um die Wehrmachtsausstellung. Es gab die Historikerkommission, an der ich beteiligt war, außerdem 50 Jahre Staatsvertrag, 60 Jahre Kriegsende, wo es einiges zu kritisieren gäbe. Aber ich sehe keinen Versuch die Uhren zurückzudrehen, auch wenn ich verschiedene Ansätze erkenne, die österreichische Verstrickung in den Nationalsozialismus zu relativieren oder beiseite zu lassen, sie nicht als ein Hauptthema zu betrachten.

Ist das nicht eine erneute Verdrängungstaktik, ein aus dem Weg Gehen statt Konfrontation?

Ja, es ist der Versuch eine Erfolgsstory als das Hauptnarrativ darzulegen, ein Narrativ, das immer im Mai 1945 anfängt, nie weiter zurückgeht und dann im Mai 1955 mit Happy End aufhört. Das ist die positive Geschichtslinie. Ich könnte mehrere Beispiele nennen, wie man das verdreht, den Nationalsozialismus aus der Nachkriegszeit ausblendet und gleichzeitig den Opfermythos auch für die Nachkriegszeit weiterspinn: Österreich als Opfer des Kalten Kriegs, als Opfer der Besetzung, als Beinahe-Opfer der sowjetischen Expansionsbestrebungen. Das fügt sich zu einem Geschichtsbild zusammen, in dem Österreich nie oder kaum jemals für irgendetwas verantwortlich ist. Es fügt sich auch in das Bild der NS-Zeit: Österreich als von NS-Deutschland überfallenes Land. Das hat man letztes Jahr ein wenig gesehen.

Sehen Sie Parallelen zwischen dem Umgang der Bevölkerung und der Regierung mit der Affäre Waldheim und der Art, wie die schwarz-blaue Regierung zustande kam?

Es ist tatsächlich ein Element zu nennen: Dass an Haider's Aussagen kein Anstoß genommen wurde, dass er aufgrund seiner Aussagen nicht einfach als jenseits der möglichen Koalitionspartner betrachtet wurde. Das zeugt von einem gewissen moralischen Autismus und von Gleichgültigkeit. Ich sage nicht, dass alle ÖVP- und FPÖ-Wähler oder auch alle Leute, die damals die Koalition unterstützt haben, verkappte Nazis wären. Es gibt aber nicht die Vorstellung, dass einige Dinge die Teilnahme an der Macht absolut verbieten müssten.

Wie sind die Arbeit der Historikerkommission bzw. die Entschädigungsgesetze in die Zeit der schwarz-blauen Regierung einzuordnen?

Die Kommission ist ungefähr ein Jahr vor Bildung der Koalition entstanden. Sie wurde von der großen Koalition initiiert und das aus verschiedenen Gründen: Sammelklagen, negatives Beispiel der Schweiz, innenpolitischer Druck, usw. Dann kam die neue Regierung, wurde international stark kritisiert, und gerade deswegen hat sie bei den Restitutionsverhandlungen Tempo gemacht. Man kann das als Paradoxie betrachten, aber es ist einfach Pragmatik. Die Regierung wollte beweisen, dass sie nicht so schlimm war, wie man meinte. Sie scheint viel mehr gemacht zu haben als die Große Koalition vorher. Sie hat Verhandlungen begonnen, recht schnell einen Fonds für die Zwangsarbeiter eingerichtet. 2001 gab es ein Abkommen über die rassisch Verfolgten, also innerhalb des ersten Jahres. Am Anfang meinten viele, die Kommission wäre eine Art Verzögerungstaktik. Dann wurden wir von der Politik überholt und waren während der letzten zwei Jahre politisch wenig interessant.

Zurück zum Jahr 1938: Ist Österreich besetzt worden?

Verzwickte Frage. Die Völkerrechtler sind zu der Auffassung gekommen, dass der „Anschluss“ illegal war, eine Invasion, folglich eine Besetzung. Gleichzeitig wissen wir, dass es eine versuchte Machtübernahme durch eine Bewegung von unten gegeben hat. Man schätzt den Anteil der Nazianhänger 1938 vor dem „Anschluss“ auf 20%, 25%, maximal 30%. Für die Zeit danach kann man schwer von einer Besetzung sprechen, also davon, dass Österreich von einer fremden Macht beherrscht worden wäre ähnlich wie Polen oder die Tschechoslowakei, denn die Machthaber und die Gesellschaft waren miteinander verflochten. Insofern trifft der Begriff Besetzung sicherlich nur einen Teil der Wahrheit.

Inwieweit sind die von der Affäre Waldheim angestoßenen Veränderungen in der Vergangenheitspolitik in Großbritannien und von der internationalen Gemeinschaft registriert worden? Welches Bild von Österreich während der NS-Zeit gibt es?

Ich würde sagen, dass das Pendel in Richtung Kritik ausschlug. Österreich kommt selten in den Medien oder in Gesprächen vor, und ich registriere diese Veränderung dementsprechend stärker. Wenn

Geschichte oder NS-Geschichte das Thema ist, herrscht meistens die Meinung vor, dass die Österreicher erstens ziemlich gute Nazis waren und zweitens danach alles verdrängt hätten, wahrscheinlich sogar noch mehr als die Deutschen. Das entspricht ungefähr der Stereotypisierung. Ich sehe das wirklich als Stereotypisierung, denn es berücksichtigt nicht die Fortschritte der letzten zwanzig, dreißig Jahre, zum Beispiel auch nicht solche Erscheinungen wie den Gedenkdienst. Sie werten das vermutlich eher als eine Kritik an der österreichischen Gesellschaft, aber ich meine, das ist auch ein Zeichen für eine veränderte Kultur.

Die Veränderungen, die in Österreich mit Waldheim begonnen oder sich stärker ausgeprägt haben, fanden also in der internationalen Gemeinschaft wenig Beachtung?

Weniger. Ich will das nicht überbewerten, aber man weiß nicht viel über Österreich im Ausland. Vorher war das, was man gewusst hat, positiv und jetzt ist es eher negativ und zum Teil ein bisschen übertrieben. Ich möchte natürlich nicht der Selbstzufriedenheit das Wort reden, aber es ist vielleicht nicht ganz so schlimm, wie einige Leute behaupten. Und das ist nicht nur meine Meinung. Ich habe ähnliches gelesen von anderen Beobachtern aus dem Ausland.

Maria Neumann,
EVS-Freiwillige bei Gedenkdienst

Erinnerung an Protest und Widerstand in europäischen Diktaturen

Vier junge Europäerinnen forschen in der „Geschichtswerkstatt Europa“

Seit Sommer 2005 beschäftigen sich vier junge Europäerinnen und Europäer aus Spanien, Italien, Slowenien und Österreich mit der öffentlichen Erinnerung an Protest, Widerstand und zivilen Ungehorsam in ihren Ländern. Leire im Baskenland, Elisabetta in Turin, Tomaz im slowenischen Zagorje (bei Ljubljana) und ich, János, in Wien. Keiner von uns vier 20 bis 22-jährigen Studenten möchte Zeithistoriker werden. Aber warum sollte man Geschichte allein den „Profis“ überlassen? Geschichte geht uns alle an und in der Schule wurde über europäische Perspektiven wenig vermittelt...

Uns ging es um vergessene, verleugnete oder auch einfach bislang öffentlich unbefriedigend dargestellte Protestereignisse in Zeiten der faschistischen Besatzung und Diktaturen in unseren Ländern. Die jeweiligen historischen Situationen bieten die Chance, unsere lokalen Ergebnisse auf einer europäischen Ebene zu vergleichen. Denn schließlich wollen wir ja über den „nationalen Tellerrand“ hinausschauen. Mit finanzieller Unterstützung der „Geschichtswerkstatt Europa“, ein Programm des deutschen Fonds „Erinnerung und Zukunft“ haben wir im November 2005 unsere Recherchen begonnen.

Bei unserer Arbeit haben wir uns jeweils auf unsere Wohnorte konzentriert. Elisabetta und ich haben unsere Recherchen sogar auf die Bezirke, in denen wir wohnen, beschränkt. Da wir Ereignisse untersuchen wollten, die der Allgemeinheit nicht bekannt sind, konnten wir kein sachliches Kriterium heranziehen, um über die Region, in der wir arbeiten, zu entscheiden.

Elisabetta beschäftigt sich mit den dutzenden Gedenktafeln, die 1946 im Vierten Turiner Stadtbezirk an Hauswände angebracht wurden, um an unter der deutschen Besatzungsmacht erschossene Turiner Partisanen zu erinnern. Die Architekturstudentin widmet sich in einer Broschüre den weitgehend unbekannt gebliebenen Biographien dieser als „Märtyrer“ oft nur pauschal im kollektiven Gedächtnis verankerten Menschen. Mit einer temporären Ausstellung will sie die Aufmerksamkeit der Bewohner auf die Geschichten lenken, die sich an verschiedenen Orten in ihrem Wohnviertel ereigneten.

Im Wiener Stadtteilmuseum des Siebenten Bezirks hieß es zu Beginn meiner eigenen Recherchen zunächst: „Richtigen Widerstand gab es hier nicht.“ Das klang einerseits überzeugend, spornte mich aber an, im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes vielleicht doch Hinweise auf zivilen Ungehorsam oder Widerstand zu finden. Im Ergebnis entstand eine Sammlung von über 20 Fällen, in denen Wiener gegen die Gesetze des nationalsozialistischen Regimes aufbegehrten, stets im Geheimen und oft unter Todesgefahr. Im Herbst 2007 will ich zu diesem Thema eine kleine Ausstellung zeigen. Außerdem interviewte ich bei meinen Recherchen Edeltrud Posiles. Die Österreicherin hat drei jüdische Brüder während des Kriegs versteckt. Von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem ist sie als „Gerechte unter den Völkern“ anerkannt worden. Sie bedauerte allerdings einige Fehler im Yad Vashem Lexikon über die „Gerechten unter den Völkern“ im Zusammenhang mit ihren Rettungstaten. Ich habe mich diesbezüglich mit Yad Vashem in Verbindung gesetzt, wobei Yaakov Borut, der für die Österreicher verantwortliche Mitarbeiter, erklärt hat, die Fehler in der nächsten Auflage korrigieren zu wollen.

Tomaz, Student der European Studies, hat seine Recherchen in der slowenischen Kleinstadt Zagorje über die noch sehr lebendige Konkurrenz der Erinnerungen an den Widerstand (und die Kollaboration) unter deutscher Besatzung mit Schulklassen diskutiert. Nach wie vor erinnern zahlreiche Denkmäler an kommunistische Partisanen, aber aufgrund der politischen Entwicklungen nach 1990 werden die Verdienste der Kommunisten in Frage gestellt und der klerikale Widerstand stärker in den Vordergrund geschoben.

Leire konzentrierte sich auf wichtige Streikereignisse im Baskenland unter der Franco-Diktatur der 1950er und 1960er Jahre. Diese Streiks haben bis heute keinen Eingang in die offizielle Erinnerung gefunden, nicht zuletzt, weil die streikenden Bergarbeiter zu einem großen Teil „Ausländer“, d. h. keine Basken waren. Die rechtsnationale Regierung des Baskenlands hält es daher bislang nicht für notwendig dieses Widerstands zu gedenken. Leire wird eine Lehr- und Diskussionsstunde mit Schülern veranstalten sowie „Flugblätter“ verteilen. Auf ihnen wird die heutige Bevölkerung knapp, aber präzise an diese historischen Protestereignisse in der Region erinnert.

Über unsere Rechercheergebnisse wird man sich auf unserer mehrsprachigen Website <http://protestineurope.prfunpic.de/ausführlich> erkundigen können - noch ist sie im Aufbau begriffen. Trotz aller nationalen Unterschiede haben wir auch etliche Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten in unseren Ländern herausgearbeitet. Meist wurde der Widerstand, den wir untersuchten, von der Arbeiterschaft getragen, unterstützt von den Gewerkschaften. Streiks waren eine besonders häufige und teilweise wirkungsvolle Protestform. Sehr wichtig für jede Art des Widerstands war die Solidarität mit verhafteten Kameraden und deren zurückgelassenen Familien. Diese wurden so gut wie möglich - nicht zuletzt finanziell - unterstützt. In Österreich und Spanien, wo ein großer Teil der Bevölkerung hinter der Regierung stand, stellte sich die Ausgangslage für Widerstand viel ungünstiger dar als in Slowenien, denn die Gefahr der Denunziation war sehr groß. Schwerer vergleichbar sind die Ergebnisse der Recherchen zum faschistischen Italien: Auch hier konnte ein diktatorisches Regime lange Zeit auf Zustimmung in der Bevölkerung bauen, doch die Recherchen Elisabettas nahmen vor allem die Endphase ab 1943 in den Blick, als die deutschen Verbündeten im Norden des Landes die Kontrolle übernommen hatten.. Schließlich verband auch der spanische Bürgerkrieg die Geschichte unserer Länder: Freiwillige aus Italien, Österreich und Slowenien haben sich am Kampf gegen Franco beteiligt.

János Böszörmányi,

studiert Jus und Geschichte Kontakt:
Lerchenfelder Str. 1-3/133, 1070 Wien
Tel.: +43 650 3643547 | E-Mail: janos.b@gmx.at

Edeltrud Posiles. Lebensretterin vor NS-Verfolgung

Edeltrud Becher, verehelichte Posiles, wurde 1916 in Wien geboren. Ihr Vater war Kaufmann und ihre Mutter Hausfrau. Edeltrud wollte sich immer mit Kunst beschäftigen, ihre Eltern hatten vor eine Innenarchitektin aus ihr zu machen.

Vor dem Zweiten Weltkrieg sei in Österreich geradezu jede Gruppe von Menschen beschimpft worden, erzählt sie. Deswegen habe sie den Antisemitismus für ein Relikt der Kaiserzeit gehalten. Wie ernst dieses Relikt zu nehmen war, erfuhr auch sie ab März 1938.

Bereits 1936 hatte sie Walter Posiles kennen gelernt und sich in ihn verliebt. 1938 steckte Walter ihr einen Ring an den Finger und sagte, er nehme sie zur Frau - soweit eine ganz gewöhnliche Liebesgeschichte; in ungewöhnliche Gefahr brachte das Paar aber der Umstand, dass Walter als Jude gemäß den Nürnberger Rassengesetzen keine Beziehung mit einer „Arierin“ eingehen durfte.

Walter musste Wien bald verlassen. Da er die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besaß, zog er zuerst nach Bratislava und dann nach Prag. Die beiden gaben ihre Beziehung nicht auf, sondern besuchten einander mehrere Male illegal und trotzten damit den rassistischen Vorgaben des NS-Regimes. 1938 wurde Edeltrud wegen „Rassenschande“ angezeigt. Sie flüchtete mit Walters Hilfe nach Ungarn zu dessen Schwester Grete. Eine Kette von loyalen Freunden bewirkte schließlich eine günstige Wendung: Walter schilderte zunächst seiner guten Freundin Fritzi Buchegger, was passiert war. Diese erzählte es wiederum Karla, einer weiteren Freundin. Karla hatte eine Bekannte, die bei der Gestapo im Büro arbeitete und sich bereit erklärte die Akte zu vernichten. Sie konnte aber ihr Versprechen, mit dem sie sich selbst großer Gefahr aussetzte, erst nach anderthalb Jahren erfüllen. Fritzi verständigte Edeltrud sofort, als die Akte beseitigt war und so kehrte Edeltrud 1940 nach Wien zurück.

Das Überleben organisieren

Im Sommer 1942 erhielten Walter und seine Brüder Ludwig und Hans „Einberufungen“ ins KZ Theresienstadt. Statt dem Befehl Folge zu leisten, flüchteten sie nach Wien. Damit nicht nach ihnen gesucht würde, hinterließen sie Briefe, in denen sie Selbstmordabsichten offenbarten. In Wien bereitete Edeltrud inzwischen alles vor. Sie mietete ein Zimmer in einer Dachwohnung in der Neustiftgasse 33 und meldete sich dort auch an. Es handelte sich um die Wohnung von Friedrich Kunz, dem Verlobten ihrer Schwester Charlotte, der als Soldat an der Front kämpfte und deshalb praktisch nie in Wien zugegen war. Er durfte aber nicht erfahren, dass in seiner Wohnung Juden versteckt wurden.

Walter bezog mit Edeltrud das gemietete Zimmer, Hans und Ludwig wurden in der Wohnung von Friedrich Kunz untergebracht. Den Boden legten sie mit Verdunkelungspapier aus, nachdem sich die Bewohnerin unter ihnen beschwert hatte, dass sie zu laut wären. Sie durfte ja nicht wissen, dass in der Wohnung nicht bloß eine, sondern vier Personen lebten. Wengleich Edeltrud auf ihre Figur achtete und daher nur einen Teil ihrer eigenen Ration verbrauchte, konnte die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln für drei erwachsene Männer nur mit Unterstützung von Freunden, die ihnen Essensmarken gaben, und durch das Eingehen von Risiken gesichert werden. Man fälschte Bezugsscheine und suchte Orte, wo es ab und zu etwas ohne Marken zu kaufen gab.

Sechs Wochen nachdem die Brüder in Wien angekommen waren, erkrankte Walter. Mit der Hilfe von Charlotte Becher fanden sie einen Arzt, der mit einer Jüdin verheiratet war. Sie hofften daher auf seine Solidarität, doch als er erfuhr, dass auch Walter Jude war, konnte man ihn nur schwer von einer Anzeige abbringen. Walter ging es indes immer schlechter, und Edeltrud fürchtete schon, er würde sterben, als ihnen ein Unbekannter den jüdischen Arzt Dr. Pick vermittelte. Pick behandelte viele „U-Boote“, im Untergrund lebende Menschen, und konnte Walter kurieren. Kaum war dieser gesundet, erkrankte jedoch Edeltrud an Scharlach und musste ins Spital. Ihre größte Sorge war, dass sie einen der Brüder angesteckt hatte, denn diese hätten nicht adäquat behandelt werden können. Während des Spitalaufenthalts von Edeltrud nahm sich ihre Schwester Charlotte der Brüder Posiles an, obwohl sie sich auch um ihr neu geborenes Kind kümmern musste.

Aus dem sicheren Versteck vertrieben

Neue Verwicklungen entstanden, als unerwartet Friedrich, der Verlobte Charlottes, auf Urlaub nach Hause kam. Er rief Charlotte erst vom Bahnhof in Wien aus an, um ihr mitzuteilen, dass er unterwegs zu seiner Wohnung sei. Charlotte rannte von ihrer Wohnung im 9. Bezirk in den 7., um Edeltrud und die Brüder zu warnen. Es gelang ihr einige Minuten vor Friedrich dort einzutreffen. Rasch schafften sie das Gewand der Brüder in Edeltruds Zimmer. Während Charlotte dann ihren Verlobten ablenkte, stiegen Ludwig und Hans über den Balkon durch das Vorzimmer ins Stiegenhaus. Walter blieb bei Edeltrud im Zimmer, wo sie ihn im Notfall in einer Kiste verstecken konnte.

Ludwig und Hans mussten nun eine andere Unterkunft finden. Das hieß, dass weitere Menschen eingeweiht werden mussten und die Gefahr einer Denunziation stieg. Zum Glück hatte die Familie Posiles genügend Freunde, denen sich die Brüder anvertrauen konnten. Ludwig fand zunächst bei Fritzi Buchegger Unterschlupf, bei der er aber wegen ihres Freundes nicht bleiben konnte. Fritzi vermittelte ihm daher ihre 80jährige Hausbesorgerin Frau Rehak, die ihn für acht Nächte aufnahm. Danach versteckte sich Ludwig bei Alois Kreiner, dem besten Freund Walters. Hans wiederum suchte Hilfe bei seinem Halbbruder Kurt, dessen Mutter ihn bei Maria Fasching, einer guten Freundin der Familie Posiles, unterbrachte. Nach dem Ende des Fronturlaubs von Charlottes Verlobten kehrten die Brüder in die Neustiftgasse zurück.

Sich in der Stadt bewegen

Wenn Walter und seine Brüder auf die Straße gehen wollten, gab ihnen Edeltrud Zeichen vom Augustinplatz, ob das Haus leer war. Das traf zum Glück häufig zu, denn die Männer waren im Krieg und die Frauen leisteten Arbeitsdienst. Edeltrud selbst hatte sich auch zur Arbeit gemeldet, wurde aber nicht gleich genommen. Ein Jahr später ging sie direkt zu einer großen Elektrofirma, die Scheinwerfer für Panzer herstellte. Dort aufgenommen konnte sie zu ihrer Zufriedenheit großen Schaden anrichten. Edeltrud und die drei Brüder schrieben außerdem Spottsprüche und klebten sie an Scheiben, Hydranten, etc.

Obwohl die Brüder Posiles „U-Boote“ waren, konnten sie sich relativ frei bewegen. Walter besaß außerdem einen gefälschten Pass, den er von Lydia Matouschek, einer von Edeltruds Tanten erhalten hatte. Es war der Pass eines alten Bekannten, den sie nach dessen Tod 1940 als Andenken an sich genommen hatte. Der Verstorbene war ebenfalls tschechoslowakischer Staatsbürger und vom Kriegsdienst befreit gewesen. Edeltrud adaptierte den Pass auf Walter, sodass dieser mit der Post sogar einige Pakete an seinen Sohn aus erster Ehe nach Auschwitz schicken konnte. Dieser und seine Mutter, die ebenfalls in Auschwitz war, überlebten den Krieg nicht.

Die Wohnung zu verlassen war dennoch alles andere als gefahrlos. Eines Tages, als Edeltrud und Walter in einem Cafe saßen, fand eine Razzia gegen Kriegsdienstverweigerer statt. In dieser Situation wollte Walter nicht auf den gefälschten Pass vertrauen. Er nahm ein Bündel Zeitungen und ging auf die Veranda, um sie zu verteilen. Die Nazis, die ihn für den Eigentümer hielten, ließen ihn passieren und er verschwand in das gegenüber liegende Haus.

In den letzten Kriegswochen versteckten sich Walter und Edeltrud im Haus eines Freundes von Walter, der ein überzeugter Nationalsozialist, wenn auch kein Parteimitglied war. Er bat Walter auf sein Haus aufzupassen, als er nach Westen flüchtete. Die Befreiung von der NS-Herrschaft brachte Walter paradoxerweise eine Verhaftung ein und seinen Bruder Hans kostete sie das Leben: Edeltrud und Walter waren zu der befreundeten Familie Kreiner unterwegs, als sie von Sowjetsoldaten aufgehalten wurden, die Walter arretierten. Nachdem er im Schutz der Dunkelheit geflohen war, erfuhr er bei den Kreiners, dass eine Bombe direkt vor Hans und Maria Fasching eingeschlagen hatte. Hans starb auf der Stelle und Maria erlag zwei Tage später ihren Verletzungen. Die beiden hatten sich auf dem Heimweg nach einem Besuch bei Hans' Halbbruder Kurt befunden. Am nächsten Tag hätte Hans zu den Sowjets überlaufen wollen.

János Böszörmányi,
studiert Jus und Geschichte

Mehr über die Posiles Brüder und ihre Retter unter: <http://protestineurope.pr.funpic.de>

Anmerkung:

1 Die Recherchen wurden unterstützt durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (<http://www.stiftung-evz.de>).

Gedenkdienst am Ukrainischen Zentrum für Holocaust Studien

Im November 2004 rückte die Ukraine wieder ins westeuropäische Blickfeld, nachdem man sich lange Zeit in EU-Europa kaum für dieses riesige Land mit fast 47 Millionen Einwohnerinnen interessiert hatte. Im Zuge der Orangen Revolution unter Wiktor Juschtschenko gingen über Monate tausende Menschen für ihr Recht auf faire und demokratische Wahlen friedlich auf die Strasse. Sie hofften auf eine neue Ukraine. Heute wächst die Unzufriedenheit wieder, die hochgeschraubten Erwartungen von einem Ende der Korruption und einer toleranten, liberalen Gesellschaft haben sich zum Großteil nicht erfüllt. Stattdessen erstarbt der Nationalismus, der von den zahlreichen Problemen des Landes ablenken soll, Antisemitismus ist weit verbreitet, auch auf höchster staatlicher und universitärer Ebene, und das überkommene, oligarchisch strukturierte Machtssystem ist nach wie vor intakt. Auch die Aufarbeitung des Holocausts in der Ukraine wird von staatlicher Ebene kaum gefördert.

Das brachte Norbert Hinterleitner, der im Zuge seiner Arbeit für das Anne Frank Haus in Amsterdam das „Ukrainische Zentrum für Holocaust Studien“ kennen gelernt hatte, Anfang des vergangenen Jahres auf die Idee, diese noch relativ junge, aber sehr aktive NGO mit der Entsendung eines Gedenkdienstleistenden zu unterstützen. Da der Vorschlag auch bei Gedenkdienst auf Zustimmung stieß und das Innenministerium die Einsatzstelle genehmigte, befände ich mich seit Mitte August in Kiew.

Mein Dienst am Zentrum zeichnet sich durch ein weitgestecktes Betätigungsfeld aus und ist dadurch äußerst vielschichtig und interessant. Ein Schwerpunkt liegt in der wissenschaftlichen Erforschung des Holocausts auf ukrainischem Territorium, ein weiterer im erzieherischen Bereich. Hier ruht besonderes Augenmerk auf der Erstellung und Implementierung von Lehrmaterial an Schulen und auf die Abhaltung von Seminaren für Schüler, Studenten und Lehrern zur Thematik des Holocausts.

Seit der Gründung des Zentrums im März 2002 durch die Abteilung für Jüdische Geschichte und Kultur des Instituts für Politische und Ethnische Studien der Ukrainischen Nationalakademie der Wissenschaften konnten zahlreiche internationale Kooperationen etabliert werden, unter anderem mit dem Jewish Community Development Fund (JCDF/ AJWS, New York), dem Anne Frank Haus, der Botschaft der Niederlande in der Ukraine (Matra-Kap Programm), der Jüdischen Agency für Israel „Sohnut“, dem Vaad der Ukraine (Gemeinschaft der juedischen Organisationen und Gemeinden der Ukraine), der Memorial Foundation of Jewish Culture und der OSCE-ODIHR (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte).

Arbeiten am Zentrum

Da das Zentrum von staatlicher Seite finanziell nicht gestützt wird, bin ich hauptsächlich mit der Ausarbeitung von Projekten und mit der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten beschäftigt. Das mag auf den ersten Blick vielleicht als trockene, monotone Arbeit erscheinen, ist es aber auf keinen Fall. In den vier Monaten meiner Dienstzeit habe ich einen umfassenden Einblick in die Strukturen und Formen der Holocaustaufarbeitung bekommen.

Durch die verschiedenen Anforderungen, die an die Förderungen von Projekten geknüpft sind, ist es notwendig, sich mit unterschiedlichsten Problematiken zu beschäftigen. Die Palette reicht von organisatorischen und logistischen Problemen bis hin zur Erarbeitung von regional spezifischen Problemstellungen den Holocaust betreffend. Projekte in der Holocaust-Weiterbildung verlangen ein Verständnis der in der Ukraine vorherrschenden Lehrstruktur. Entscheidend ist es komplett ausgearbeitete Unterrichtseinheiten mit vorgegebenem Ablauf und genauer Zeiteinteilung zu präsentieren. Der Lehrplan für Geschichte ist sehr streng strukturiert, was Flexibilität in der Gestaltung des Unterrichts kaum zulässt. Interessant ist auch der Einblick in die ukrainische Gesellschaft und deren Umgang mit dem Holocaust, den ich durch die Teilnahme an Gedenkfeiern und in Diskussionen mit Lehrerinnen und Schülerinnen gewonnen habe. Vor allem wenn ausländische Gäste anwesend sind, wird kaum über Kollaboration und Antisemitismus in der Ukraine gesprochen. Stattdessen wird das alte sowjetische Klischee des Heldentums gegen die deutschen Okkupanten in neuer ukrainischer Verpackung wiedergegeben. Die kritische Auseinandersetzung mit diesen „dunklen Flecken“ der eigenen ukrainischen Vergangenheit ist ein Thema, dem sich unsere Seminare besonders widmen.

Leben in Kiew

Außerhalb der Arbeit gibt es natürlich auch noch ein Leben. Es ist eine interessante Mischung. Einerseits Überbleibsel aus der Sowjetzeit wie dem Portier am Eingang des Instituts, einem älteren Herrn mit einem Hang zu Stempeln und offiziellen Dokumenten, der sich erst mit einer gehörigen Portion Überzeugungskraft, besser aber noch mit ein paar Griwna davon überzeugen lässt, dass man tatsächlich zum Zutrittsberechtigten Personenkreis gehört. Andererseits ein neuer westlicher Lebensstil, den sich allerdings nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung leisten kann. Die krassen Einkommensunterschiede zwischen Normalbürgerinnen und der Oberschicht werden durch die Zurschaustellung von Statussymbolen eindrucksvoll inszeniert. Dementsprechend ist die hohe Luxuswagendichte eines der ersten Dinge, die dem unbedarften Westeuropäer ins Auge stechen. Trotz des anfänglich oft abweisend erscheinenden Verhaltens haben sich die Ukrainerinnen, die ich näher kennen lernte, als offene und gastfreundliche Leute erwiesen, die es verstehen Feste zu feiern und auch dem einen oder anderen Gläschen nicht abgeneigt sind.

Abschließend möchte ich noch erwähnen, wie begeistert ich von der Offenheit und Flexibilität der Leute hier am Zentrum bin. Sie arbeiten trotz nicht immer optimaler Rahmenbedingungen produktiv und mit der Hoffnung, positive Veränderungen in der Gesellschaft vorantreiben zu können.

Wolfgang Wurth,

Gedenkdienstleistender in Kiew

Erinnerungskultur und Antisemitismus in der Ukraine

Interview mit Anatoly Podolsky

Anatoli Podolsky ist Direktor des Ukrainischen Zentrums für Holocaust Studien. 1986-1993 Studium der Geschichte am Kiewer Staatspädagogischen Institut. 1996 Dissertation unter dem Titel „Nazigenozid der Juden in der Ukraine“.

Publikationen: mehr als 50 Artikel über die Geschichte der Juden in der Ukraine, über Geschichte des Holocausts in der Ukraine und in Europa und über die Didaktik der Holocaust-Education in Fachzeitschriften in der Ukraine, in Russland und in Israel.

Am 29. September jährte sich das tragische Ereignis von Babi Yar zum 65. Mal, bei der Gedenkfeier waren zahlreiche in- und ausländische Politiker zugegen. Angesichts dessen meine Frage an Sie, welchen Stellenwert nimmt die Erinnerung an den Holocaust in der Ukrainische Gesellschaft ein?

In der heutigen Ukraine existiert die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart, das Land bewegt sich Schritt für Schritt in die Richtung eines demokratischen Staates und vor allem auf nicht staatlicher Ebene, in Universitäten, an Schulen und von Seiten der NGO's gibt es den großen Wunsch mehr über den Holocaust zu erfahren und das Gedenken aufrecht zu erhalten. Auf der anderen Seite besteht von Seiten der Regierung aber kein Interesse, Holocaust-bezogene Forschung, Lehre und Erinnerung offiziell zu unterstützen. Ein gutes Beispiel sind die Holocaust Denkmäler in der Ukraine, die größtenteils durch Mittel aus dem Ausland und mit Hilfe von NGO's aufgebaut wurden. Es ist nicht verboten über den Holocaust zu sprechen, aber es gibt auch keine Unterstützung. Ein wichtiger Schritt wäre der Beitritt der Ukraine zur ITF (Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research), da ein großer Teil der ukrainischen Gesellschaft immer noch sehr wenig über die Geschichte des Holocausts weiß.

Welche Unterschiede sehen Sie in der Erinnerungskultur während der Sowjetzeit und in der heutigen Ukraine?

Seit 1991, anders als während des sozialistischen Regimes, steht es uns frei über den Holocaust zu forschen und zu unterrichten. In der Sowjetunion, die ethnische und religiöse Unterschiede zu unterdrücken suchte, war das Interesse, dem speziellen Leiden der ukrainischen Juden zu gedenken, relativ gering. An Plätzen, wo Juden ermordet wurden, gedachte man der faschistischen Verbrechen an sowjetischen Bürgern.

Wie geht man in der Ukraine mit dem Thema Kollaboration während des zweiten Weltkrieges um? Stichwort Stepan Bandera oder SS- Division Galizien.

Zuerst ist es wichtig zu klären, was ich unter Kollaboration verstehe. Von 1941-1944 war die Ukraine von den Deutschen besetzt. Einige Millionen Leute lebten, schliefen, arbeiteten im okkupierten Territorium. Diese Leute waren für die Sowjets Kollaborateure, Feinde. Dem kann ich mich natürlich nicht anschließen. Jene Teile der Bevölkerung, die mit den Ideen der Nazis sympathisierten, sich der SS, der Hilfspolizei oder der Wehrmacht anschlossen und an der Vernichtung der Juden und anderer „Volksfeinde“ teilnahmen, sind für mich als Kollaborateure zu bewerten.

Das Thema der Kollaboration während des zweiten Weltkriegs nimmt innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses auf Forschungssymposien und in Diskussion zwischen Historikern eine wichtige Stelle ein, wenngleich sich auch in diesen Reihen Leute befinden, die die aktive Mittäterschaft von Ukrainern am Holocaust in Frage stellen. In der Lehre an den Universitäten wird es manchmal angeschnitten, im Lehrplan der Mittelschulen jedoch existiert diese Problematik nicht, was auch auf die allgemeine Sicht der Dinge in Bevölkerung und Regierung rückschließen lässt. Die Beteiligung von Ukrainern am Holocaust ist auf jeden Fall noch immer ein äußerst schwieriger Aspekt der ukrainischen Geschichtsaufarbeitung.

Auch vor der Shoa hat es in der Ukraine Pogrome in großem Ausmaß gegeben, so in den Revolutionsjahren 1917- 1921, wo tausende Juden umgebracht wurden. Wird in der Ukraine zu dieser Thematik ein öffentlicher Diskurs geführt?

Von öffentlichem Diskurs kann man eher nicht sprechen. Momentan dominiert eher eine Diskussion über den Holodomor, die Hungerskatastrophe in den Jahren 1931 bis 1932 und über den Holocaust. Als Staatspräsident W. Juschtschenko bei seinem Frankreichbesuch am Grab von Symon Petlura, dessen Armee in den Revolutionsjahren für eine von den Sowjets unabhängige Ukraine gekämpft und dabei Schätzungen zufolge bis zu hunderttausend Juden umgebracht hatte, einen Kranz niederlegte, gab es vereinzelt kritische Reaktionen von Wissenschaftlern wie Prof. Miroslav Popovich, dem Direktor der Philosophischen Akademie, und von der Kommunistischen Partei. In der Öffentlichkeit blieben sie aber unbeachtet.

Welche Tendenzen bezüglich des Antisemitismus gibt es heute in der Ukraine?

Leider ist während der letzten Jahre ein Ansteigen des Antisemitismus und antisemitischer Publikationen zu beobachten. In direktem Zusammenhang damit steht die Interregionale Akademie für Personalmanagement (IRAPM), die größte private Hochschule im Land, die als Herausgeber zahlreicher Bücher und Journale („Personal“, „Für eine freie Ukraine“, „Für eine ukrainische Ukraine“, „Ukrainischer Führer“ und viele mehr) rund 85% der in der Ukraine publizierten antisemitischen Schriften produziert. Die IRAPM unterhält intensive Kontakte mit Antisemiten in Russland, dem Mittleren Osten, Europa und Amerika. Dem US-amerikanischen Rassisten David Duke wurde im September 2005 für sein Machwerk „Zionismus als eine Form der ethnischen Überlegenheit“ das Doktorat verliehen. Thematisch sind die Artikel eine Mischung aus neuem europäischen Antisemitismus, arabischem Antisraelismus und traditioneller ultranationalistischer Judophobie. Durch die Publikation derartiger Texte begibt sich die Ukraine in die Reihe der Länder, in denen antizionistische Rhetorik legitim scheint und somit in den öffentlichen Diskurs als akzeptierter Bestandteil einfließt. Das ist meiner Meinung nach nicht zu unterschätzen. Neben diesem „intellektuellen“ Antisemitismus existiert auch noch der Antisemitismus der „normalen“ Bevölkerung. Hier herrschen die traditionellen Stereotypen vor: Juden sind reich, sie kontrollieren unsere Medien, sie stehlen unser Geld, sie sind gegen uns und gegen die Ukraine.

Wird von politischer Seite etwas gegen den zunehmenden Antisemitismus getan?

Nach der „Orangen Revolution“ haben sich die neuen politischen Kräfte eindeutig zu den europäischen Werten, zu einer Anerkennung der Gleichberechtigung von Minderheiten und der Ahndung von Xenophobie bekannt. W. Juschtschenko betonte oftmals die Notwendigkeit das Phänomen des Antisemitismus zu bekämpfen. Trotzdem wurden in diese Richtung keine konkreten Schritte unternommen.

Welchen Einfluss hat antisemitistische Rhetorik in der Politik?

Die Wahlkampagne 2006 war schwierig und angespannt, aber auch eine der fairsten und demokratischsten der letzten Jahre. Das Bestreben der Behörden gleiche Bedingungen für alle politischen Themen zu schaffen zog allerdings auch einige negative Konsequenzen nach sich. Parteien mit extrem antisemitischem Wahlprogramm konnten ihre Ideen frei bewerben. Das Wahlergebnis zeigte aber, dass die Bevölkerung, nicht bereit ist, antisemitische und ultraradikale Parteien zu unterstützen. Jede dieser Parteien blieb unter 0,4% der Wählerstimmen. Trotzdem sitzen einige Abgeordnete, die während der Wahlkampagne antisemitische Aussagen getätigt haben, jedoch den gemäßigten Parteien angehören, im Parlament. Auch Antisemitismusvorwürfe an das jeweils konkurrierende Lager waren an der Tagesordnung. Die Partei der Regionen von W. Janukowytsh, dem derzeitigen Premierminister, warf ihrem Widersacher W. Juschtschenko, dem Vorsitzenden der Partei „Unsere Ukraine“, eine starke Bindung an die westukrainischen Ultranationalisten vor, was man aber eher als politisches Geplänkel denn als zutreffend werten muss.

Abschließend möchte ich noch versöhnliche Worte finden. Heute, nach dem Zusammenbruch der UdSSR existiert in der Ukraine wieder eine aktive, funktionierende jüdische Gemeinde, wir haben die Möglichkeit zum Thema des Holocausts zu forschen. Für mich als Historiker liegen die Antworten gegen den Antisemitismus darin, unseren jugendlichen Toleranz und ein neues Miteinander zu vermitteln, indem wir die ukrainische und jüdische Kultur und Geschichte sowie den Holocaust lehren.

Wolfgang Wurth,
Gedenkdienstleistender in Kiew

Der Holocaust in der Ukraine

Um die Ausprägung und den Verlauf des Holocausts in der Ukraine zu verstehen, muss man auch auf die machtpolitischen Umstände in dieser Region während der Zwischenkriegszeit blicken. 1920 wurden die östlichen Gebiete der heutigen Ukraine nach den Unabhängigkeitsbestrebungen der Jahre 1917 bis 1920 der Sowjetunion einverleibt, die westlichen Gebiete Wolhynien und Ost-Galizien hingegen von Polen und die Bukowina von Rumänien annektiert. Vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs lebten laut sowjetischem Zensus von 1939 1,5 Millionen Juden in der SSR Ukraine. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von 5%.

Im September 1939, nach dem Ausbruch des Kriegs, annektierte die Sowjetunion dem Hitler-Stalin Pakt entsprechend den westlichen, polnischen Teil der Ukraine. Im Juni 1940 folgten noch die Bukowina und Bessarabien. Innerhalb der Ukraine mit ihren erweiterten Grenzen lebten jetzt 2,4 Millionen Juden.

Am 22. Juni 1941 begann das Unternehmen Barbarossa. Viele Ukrainer hießen die deutschen Invasoren, die sie als Befreier von der Sowjetokkupation sahen, willkommen. Sie versprachen sich einen unabhängigen ukrainischen Staat unter der Schutzherrschaft Deutschlands. Dementsprechend groß war der Zulauf an Freiwilligen zur Waffen-SS, Polizei und Wehrmacht. Schon kurz nach dem Rückzug der Sowjetarmee und des NKWD kam es zu ersten „spontanen“ Pogromen in Lwow/Lviv/Lemberg, Zolochiv und vielen anderen westukrainischen Städten, die, als Racheaktionen gegen die von den „jüdischen

Bolschewiken" begangenen Gräueltaten getarnt, die antijüdische Haltung von großen Teilen der Bevölkerung widerspiegelten. Unmittelbar nach Eroberung und Besetzung durch die Wehrmacht folgten die Sonderkommandos der Einsatzgruppen. Sie konnten anfänglich die Ahnungslosigkeit ihrer Opfer ausnützen, die sie durch Plakatanschlag und Aufruf zur Versammlung an einem zentralen Ort oder Gebäude veranlassten. Von dort wurden die Juden dann in der Regel unter dem Vorwand der Umsiedlung oder des Arbeitseinsatzes zum Ort ihrer Tötung transportiert. Das größte Massaker dieser Art fand am 29. und 30. September 1941 in der Schlucht Babi Jar bei Kiew statt, wo das Einsatzkommando 4a 33.771 Kiewer Juden erschoss. In der Bukowina und Bessarabien, die dem mit den Deutschen verbündeten Rumänien zufielen, wurde die jüdische Bevölkerung nach anfänglichem „wildem Holocaust“ in Ghettos oder Auffanglager gepfercht, um sie 1941/42 mit Todesmärschen in das rumänisch okkupierte Transnistrien zu deportieren, wo zehntausende umkamen. Insgesamt fielen dem Holocaust in der Ukraine 1,6 Millionen Juden zum Opfer. W. W.